

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Online-Geschäfte

Kommission stärkt
Verbraucherschutz im Netz

Seite 3

IM FOKUS

Sozialfonds ESF+

Europa investiert in
sozialen Zusammenhalt

Seite 5

Corona-Pandemie

Kommission warnt vor
Ausbreitung der Delta-Variante

Seite 6



© Shutterstock

Die im EU-Haushalt für Agrarpolitik vorgesehenen Fördermittel sollen künftig stärker an Klimaschutz und Biodiversität gebunden werden.

MEHR KLIMASCHUTZ & TIERWOHL

Kommission begrüßt Einigung auf grünere Landwirtschaft

Die EU-Kommission hat die Übereinkunft zwischen Europäischem Parlament und Mitgliedstaaten auf Kernpunkte für eine grünere und sozial gerechtere gemeinsame Agrarpolitik (GAP) gewürdigt. „Die Einigung markiert den Beginn eines echten Wandels in der Art und Weise, wie wir künftig Landwirtschaft in Europa betreiben“, erklärte Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident der EU-Kommission.

> Für die Agrarpolitik sind im EU-Haushalt in den Jahren von 2021 bis 2027 insgesamt rund 387 Milliarden Euro vorgesehen. Auf Vorstoß der Kommission werden die Fördermittel künftig stärker an Klimaschutz, Einsatz für Biodiversität und soziale Kriterien gebunden. „Wir widmen mehr Ackerland der Biodiversität, belohnen Landwirte, die für Klima und Natur zusätzliche Anstrengungen unternehmen und unterstützen kleine Betriebe besser“, erklärte Timmermans und sprach von einem „Gamechanger“.

Bereits im Vorjahr hatte die Kommission ihre Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ vorgestellt, die Wege hin zu einem nachhaltigeren Lebensmittelsystem aufzeigt. Bis 2025 wird die Kommission weitere Vorschläge präsentieren, die die Agrarausgaben noch enger mit dem europäischen Grünen Deal verzahnen, der Europa bis 2050 klimaneu-

tral machen soll. „Wir werden dafür sorgen, dass Agrar- und Klimapolitik in dieselbe Richtung gehen“, sagte Timmermans im Interview mit dem Deutschlandfunk.

Vorstoß für Ende der Käfighaltung

Parallel kündigte die Kommission bis spätestens Ende 2023 eine Gesetzesinitiative zum Ende der Käfighaltung für Tiere wie Legehennen, Gänse, Sauen und Kälber an. Angestrebt wird, dass die Regelung bereits 2027 in Kraft tritt. Die Kommission greift mit dem Vorstoß ein Anliegen der europäischen Bürgerinitiative „End the Cage Age“ – Beendet das Käfig-Zeitalter – auf, die bis vergangenen Oktober knapp 1,4 Millionen Unterschriften für mehr Tierwohl in Europa gesammelt hatte. Die Kommission versprach, die Landwirte bei nötigen Umbauarbeiten an Stallungen mit Geldern aus dem Agrarhaushalt zu unterstützen. >>

SLOWENISCHER RATSVORSITZ

Von der Leyen pocht auf Rechtsstaatlichkeit

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zum Auftakt der slowenischen Ratspräsidentschaft die Bedeutung des Rechtsstaats hervorgehoben. Demokratische Werte und der Rechtsstaat seien für die EU von zentraler Bedeutung, sagte von der Leyen in einer Rede im Europäischen Parlament. Zuvor hatte die Präsidentin bereits bei einem Besuch in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana die Einhaltung rechtsstaatlicher Kriterien wie Unabhängigkeit der Justiz und freie Medien angemahnt. „Vertrauen ist unser größtes Kapital“, sagte von der Leyen. Sie gab vor Ort zugleich die Billigung des slowenischen Aufbauplans im Rahmen des europäischen Aufbaufonds NextGenerationEU bekannt.

Slowenische Ratspräsidentschaft

“ Ich hätte mir ein ambitionierteres Vorgehen gewünscht. Aber wir können die Agrarpolitik mit dieser Einigung in eine grünere Richtung lenken. ”

Frans Timmermans,
Exekutiv-Vizepräsident
der EU-Kommission

- >> Zentrale Elemente der Reform der Agrarpolitik sind:
 - > **Öko-Programme:** Landwirte erhalten über die Mitgliedstaaten Direktzahlungen aus dem EU-Agrarhaushalt, die sich nach der bewirtschafteten Fläche eines Hofes bemessen. Von 2023 an sind 25 Prozent der Direktzahlungen an die Teilnahme an Öko-Programmen geknüpft, so genannte Eco-Schemes. Insgesamt sind damit rund 48 Mrd. Euro der Direkthilfen für die Landwirte an die Erfüllung ökologischer Kriterien gebunden.
 - > **Biodiversität:** Zusammen mit der Initiative „Vom Hof auf den Tisch“ hatte die Kommission im Vorjahr eine Biodiversitätsstrategie vorgelegt. Die Übereinkunft im Rahmen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik sieht vor, auf jedem Hof mindestens 3 Prozent der Ackerflächen der biologischen Vielfalt und nichtproduktiven Elementen zu widmen. Die Umsetzung der Ökoprogramme zielt darauf ab, diese Quote auf 7 Prozent auszubauen. Feuchtgebiete und Torfmoore werden geschützt.
 - > **Sozialstandards:** Die Mitgliedstaaten müssen künftig sicherstellen, dass 10 Prozent der ihnen zugewiesenen Agrarmittel an kleinere Betriebe gehen. 3 Prozent der Agrarförderung sind für Landwirte unter 40 Jahre festgeschrieben, um den Einstieg in den Beruf zu erleichtern. Von 2025 können zudem Hilfen für Höfe gekürzt werden, wenn diese Sozialstandards unterlaufen.

> **Klimaschutz im ländlichen Raum:** Künftig werden mindestens 35 Prozent der Gelder des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) aus dem EU-Agrarhaushalt mit Umweltauflagen und Klimaprogrammen verknüpft.

„Die neue gemeinsame Agrarpolitik ist auch wichtig für die Entwicklung des ländlichen Raums“, betonte Janusz Wojciechowski, EU-Kommissar für Landwirtschaft. „Die GAP setzt sich für eine intelligente, resiliente und diversifizierte Landwirtschaft ein, indem sie den Umwelt- und Klimaschutz fördert und das soziale und wirtschaftliche Gefüge der ländlichen Gebiete stärkt“, erläuterte der Kommissar.

Bessere Anbindung der ländlichen Räume

Wojciechowski stellte vor Journalisten in Brüssel die langfristige Vision für den ländlichen Raum der EU vor. Die Initiative der Kommission verfolgt das Ziel, die Lebensqualität der Menschen in ländlichen Regionen zu verbessern. Konkret ist vorgesehen, die ländlichen Gebiete über den Ausbau von Bus- und Bahnverbindungen besser anzubinden, den Zugang zu Dienstleistungen und öffentlicher Verwaltung auch in entlegenen Regionen zu verbessern und die Internetverbindungen im ländlichen Raum auszubauen. Über den Aktionsplan für den ländlichen Raum werden zudem unterschiedliche Politikfelder enger verzahnt und auf eine bessere Entwicklung der ländlichen Regionen ausgerichtet. (pr) >|

■ *Neue Gemeinsame Agrarpolitik*

Zwei Säulen

Die Gemeinsame Agrarpolitik setzt auf zwei Säulen. Die erste Säule bezeichnet die Direkthilfen an die Höfe aus dem Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL), die sich bisher nach der bewirtschafteten Fläche eines Hofes richtet. So erhalten Landwirte in Deutschland rund 280 Euro je Hektar Agrarfläche. Von 2025 müssen die EU-Staaten ein Viertel dieser Gelder für klima- und umweltfreundliche Verfahren wie Biolandwirtschaft anbieten.

Die zweite Säule umfasst Mittel für die Entwicklung des ländlichen Raums aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

Die 9 GAP-Ziele



Faireres Kräfteverhältnis in der Lebensmittelversorgungskette

Umweltschutz



Förderung des Generationswechsels

Schutz von Gesundheit und Lebensmittelqualität



Sicherung angemessener Einkommen



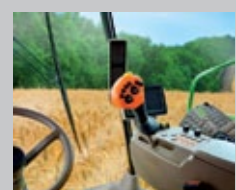
Klimaschutzmaßnahmen

Erhaltung von Landschaften und biologischer Vielfalt



Lebendige ländliche Gebiete

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit



Bilder: Shutterstock

Quelle: EU-Kommission

ONLINE-GESCHÄFTE

Kommission stärkt Verbraucherschutz im Netz

Die EU-Kommission verbessert mit zwei Gesetzesinitiativen den Verbraucherschutz für Online-Geschäfte. Sie schlug zum einen eine Überarbeitung der Produktsicherheitsrichtlinie vor. Diese Bestimmung ist seit 2001 in Kraft und soll garantieren, dass auf dem europäischen Binnenmarkt nur sichere Produkte verkauft werden – von Elektrogeräten über Schutzmasken bis zu Spielwaren. Mit Blick auf den steigenden Anteil des Online-Handels – im Jahr 2020 haben 71 Prozent der europäischen Verbraucher im Internet eingekauft – und des zunehmenden Kaufs von Waren im Netz aus Ländern außerhalb der EU will die Kommission künftig schneller und besser auf unsichere Produkte reagieren. So sollen Online-Händler stärker in die Verantwortung genommen werden und mangelhafte Ware spätestens fünf Tage nach Bekanntwerden von Sicherheitsmängeln aus dem Netz nehmen. Zudem werden neue Produkte, wie zum Beispiel drahtlose Kopfhörer künftig auf Cybersicherheit geprüft.

Die Überarbeitung der Verbraucherkredit-Richtlinie stellt sicher, dass Informationen zu Krediten klar sind und den digitalen Geräten entsprechen, damit die Verbraucher verstehen, welche Verträge sie abschließen. Darüber hinaus wird die Richtlinie die Regeln verbessern, mit denen die Kreditwürdigkeit bewertet wird.

■ *Verbraucherschutz*

AUSZEICHNUNG

Ursula von der Leyen ehrt Werner Hoyer

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat den Präsidenten der Europäischen Investitionsbank (EIB), Werner Hoyer, für seine erfahrene und umsichtige Arbeit gewürdigt. „Werner Hoyer und die EIB verwandeln Zahlenkolonnen in europäische Erzählungen“, sagte von der Leyen in ihrer Laudatio bei der Verleihung der Auszeichnung „European Banker of the Year“ in Frankfurt am Main. Der Preis wird von der Frankfurter Journalistenvereinigung „Group of 20+1“ verliehen.

Hoyer, früherer Staatsminister im Auswärtigen Amt, leitet die EIB seit 2012. Er sorgt dafür, dass die EIB ihren Vorsprung als zentrale Klimabank hält und ausbaut, sagte die Kommissionspräsidentin. Sie dankte Hoyer für seine Unterstützung für das Wiederaufbauprogramm Next-GenerationEU sowie die damit verbundene Digitalisierung Europas und den europäischen Grünen Deal.

■ *Würdigung*

WISSENSCHAFT

Biologin leitet Europäischen Forschungsrat

Die deutsche Entwicklungsbiologin Maria Leptin wurde zur neuen Präsidentin des Europäischen Forschungsrates (ERC) ernannt. Leptin, derzeit Direktorin der Europäischen Organisation für Molekularbiologie (EMBO), wird ihr Amt am 1. Oktober 2021 antreten. Dann scheidet Interimspräsident Jean-Pierre Bourguignon aus dem Amt. Der ERC verfügt im Rahmen des EU-Haushalts für die Jahre 2021 bis 2027 über mehr als 16 Mrd. Euro – ein Anstieg der Mittel um 22 Prozent im Vergleich zur vorherigen Finanzperiode.

Leptin wurde für ihre Arbeiten zur Entwicklung der Taufliede Drosophila bekannt, hier hat sie die Entwicklungen komplexer Zellformen im Atmungssystem entschlüsselt. Die renommierte Wissenschaftlerin leitet Forschungsgruppen am Institut für Genetik an der Universität Köln und am Europäischen Labor für Molekularbiologie (EMBL) in Heidelberg.

■ *Forschungsrat*

MIGRATION

Kommission begrüßt Einigung zum Aufbau einer EU-Asylagentur

Die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament haben das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) in eine Asylagentur der Europäischen Union aufgewertet. „Die Agentur wird die Asylverfahren spürbar verbessern, den Schutz für den Einzelnen erhöhen und Lücken schließen, um eine größere Konvergenz zwischen den Asylsystemen der Mitgliedstaaten zu erreichen“, sagte Margaritis Schinas, Vizepräsident der EU-Kommission. Die neue Agentur ist eines der zentralen Elemente im Rahmen des Neuen Pakets zu Migration und Asyl. Sie verfügt unter anderem über eine stille Reserve von 500 Experten, die zur effizienteren Bearbeitung von Asylverfahren in Mitgliedstaaten entsandt werden können.

Zugleich veröffentlichte die Kommission die Asylstatistik für das vergangene Jahr. Demnach sank die Zahl der Asylanträge 2020 auf 485.000, das sind 32 Prozent weniger als im Jahr zuvor und stellt den niedrigsten Stand seit 2013 dar.

■ *Asylagentur*

EUROBAROMETER

Menschen in Europa sehen Klimawandel als größtes globales Problem

© Alexandros Michailidis / Shutterstock.com

Der Klimawandel stellt für die Menschen in der EU die dringlichste Herausforderung dar. In einer Eurobarometer-Umfrage unter knapp 27.000 Europäerinnen und Europäern in allen Mitgliedstaaten nannten 78 Prozent der Befragten die Erderwärmung als „sehr ernstes“ Problem, in Deutschland lag dieser Wert bei 81 Prozent. „Die Europäerinnen und Europäer wissen um die langfristigen Risiken, die von der Klima- und der Biodiversitätskrise ausgehen, und erwarten, dass die Industrie, die Regierungen und die Europäische Union tätig werden“, erklärte Frans Timmermans, der für den Europäischen Grünen Deal zuständige Exekutiv-Präsident der Kommission.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte das Ziel ausgegeben, Europa bis 2050 zum ersten klimaneutralen Kontinent der Welt zu machen. Bis 2030 soll der Ausstoß an Treibhausgasen verglichen mit dem Basisjahr 1990 um 55 Prozent fallen. Um dieses Ziel zu erreichen, plant die Kommission, am 14. Juli ihr Programm „Fit-für-55“ vorzulegen – ein Bündel an Gesetzesinitiativen zur Kohlendioxidreduzierung. Es umfasst fast alle Politikbereiche vom Verkehr über die Gebäudesanierung bis hin zu Neuerungen im Emissionshandelssystem ETS. Die jetzt vorgelegte Umfrage sei für die Kommission „eine zusätzliche Motivation für die Fertigstellung der ‚Fit-für-55‘-Rechtsvorschriften, die wir am 14. Juli vorlegen werden, um sicherzustellen, dass wir unsere Klimaziele erreichen“, sagte Timmermans.

Eurobarometer

BREXIT

Datenaustausch EU-UK weiter möglich

Die EU-Kommission hat bestätigt, dass das Vereinigte Königreich die Grundsätze der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) auch weiterhin erfüllt. Damit ist der Austausch personenbezogener Daten zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich auch künftig möglich. „Das Vereinigte Königreich ist zwar aus der EU ausgetreten, aber seine rechtlichen Bestimmungen zum Schutz personenbezogener Daten sind noch die alten“, sagte Věra Jourová, Vizepräsidentin für Werte und Transparenz. Die Regelung ist zunächst auf vier Jahre befristet.

Zugleich stimmte die Kommission einem Ersuchen der britischen Regierung zu, den Export von Fleisch und Wurstwaren ohne Kontrollen von der britischen Insel nach Nordirland bis zum 30. September zu verlängern. Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič beharrte auf der „vollen Umsetzung“ des Nordirland-Protokolls. Dieses sieht unter anderem die Kontrolle für Waren vor, die von Nordirland auf die britische Insel gebracht werden.

Datenaustausch EU-UK

KARTELLRECHTSVERSTOSS

Millionenstrafe gegen deutsche Autobauer

Die EU-Kommission hat gegen die Autohersteller Daimler, BMW und den Volkswagen-Konzern wegen illegaler Absprachen bei der Reduktion von Stickoxiden in Fahrzeugabgasen eine Buße von 875 Mio. Euro erlassen. Die Autobauer hatten bei der sogenannten AdBlue-Technologie, bei der die gesundheitsbelastenden Stickoxide in Stickstoff und Wasser umgewandelt werden, ein Stillhalteabkommen vereinbart. Damit stellten sie sicher, dass andere Unternehmen die geltenden Grenzwerte durch weitere technische Entwicklungen nicht weiter unterbieten.

„Wir dulden es nicht, wenn Unternehmen Absprachen treffen, die gegen das EU-Kartellrecht verstoßen. Wettbewerb und Innovation zur Minderung der durch den Pkw-Verkehr verursachten Umweltbelastung sind von entscheidender Bedeutung, damit Europa die ehrgeizigen Ziele des Grünen Deals erreichen kann“, sagte Margrethe Vestager, die für Wettbewerb zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission. Die Unternehmen räumten die Absprachen ein. Daimler wurde die Buße erlassen, weil der Autobauer das Stillhalteabkommen offengelegt hatte.

Kartellverfahren

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2021

Herausgeber:**Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:**Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de**Regionalvertretung in Bonn:**

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Bentham-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:Claudia Guske, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski**Herstellung:**Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



SOZIALFONDS ESF+

Europa investiert in den sozialen Zusammenhalt

20 Millionen Europäerinnen und Europäer und 520.000 kleine und mittlere Unternehmen haben zwischen 2014 und 2020 vom Europäischen Sozialfonds profitiert. Die EU-Kommission will ihren Einsatz für ein sozialeres Europa auch im Programmzeitraum ab 2021 weiter vorantreiben. Auf Initiative der Kommission stimmte das Europäische Parlament dem Europäischen Sozialfonds plus (ESF+) zu. Damit stehen für den Zeitraum zwischen 2021 und 2027 insgesamt rund 88 Mrd. Euro für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts zur Verfügung. „In der Förderperiode von 2021 bis 2027 wird der neue Europäische Sozialfonds ESF+ noch stärker auf das sozialere Europa ausgerichtet“, erklärte Jörg Wojahn, Vertreter der EU-Kommission in Deutschland in einem Interview mit dem Magazin „dbb europathemen“.

> Der Sozialfonds ESF+ unterstützt unter anderem Beschäftigungs- und Weiterbildungsprogramme, etwa für Jugendliche, die soziale Eingliederung sowie die Armutsbekämpfung, besonders von Kinderarmut. „Der ESF+ fördert beispielsweise Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – gerade die weniger qualifizierten – beim Erwerb neuer beruflicher Kompetenzen, unterstützt junge Menschen beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben und hilft vor allem Menschen aus benachteiligten Gruppen dabei, einen Arbeitsplatz zu finden“, erläuterte Wojahn in dem Magazin-Gespräch. Er fügte hinzu: „Die aus dem ESF+ finanzierten Maßnahmen zielen stets auf die zentralen sozioökonomischen Herausforderungen in den Mitgliedstaaten und Regionen. Sie spiegeln aber gleichzeitig auch die Entwicklung der beschäftigungs- und sozialpolitischen Agenda der Europäischen Union wider.“

Wojahn sagte weiter: „Bei den Indikatoren der Europäischen Säule sozialer Rechte schneidet Deutschland insgesamt sehr gut ab. Dennoch gibt es auch hier Raum für Verbesserungen – und dabei hilft der ESF. So sind zum Beispiel die Bildungsergebnisse regional sehr unterschiedlich. Auch das Potenzial von Menschen mit Migrationshintergrund wird nach wie vor nur unzureichend genutzt.“ Insgesamt erhält Deutschland bis 2027 rund 6,5 Mrd. Euro aus den Sozialfondsmitteln. Von den vielfältigen Projekten werden unter anderem bedacht:

> Das Land Berlin erhält aus dem Sozialfonds rund 93 Mio. Euro. Mit den Mitteln werden unter anderem Schüler aus benachteiligten Familien gezielt gefördert.



© Shutterstock

> Der Stadtstaat Hamburg bekommt dieses Jahr zusätzliche 25 Mio. Euro, um unter anderem mehr als 13.000 Menschen kurzfristig mit Schulungen und Coaching zu unterstützen und damit ihre Chancen auf einen Arbeitsplatz zu erhöhen

> Das Land Baden-Württemberg wird mit rund 86 Mio. Euro gefördert, unter anderem zur Ausweitung der europäischen Jugendgarantie, die jedem Jugendlichen in der EU eine Chance auf einen Ausbildungsplatz ermöglichen soll.

„Die Unterstützung reicht von kleinen Projekten gemeinnütziger Nachbarschaftsvereine bis hin zu nationalen Projekten zur Förderung der beruflichen Bildung bei der gesamten Bevölkerung“, führte Wojahn weiter aus. So wurde im rheinland-pfälzischen Landau die Initiative Move gefördert, die Jugendliche unter 25 Jahren, die arbeitslos, zum Teil obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht sind, wieder schrittweise an den Arbeitsmarkt heranführt und in die Gesellschaft integriert. In den sächsischen Städten Zwickau und Plauen wurden Langzeitarbeitslose im Programm „Schritt für Schritt“ auf einen Neustart ins Berufsleben vorbereitet.

Der Sozialfonds ESF+ ist eines von acht Förderinstrumenten, mit denen die EU im Rahmen der Kohäsionspolitik in den sozialen Zusammenhalt investiert. Eine entsprechende Grundsatzregelung über Sozialinvestitionen von insgesamt 373 Mrd. Euro für die Jahre zwischen 2021 und 2027 billigte das Europäische Parlament ebenfalls. (pr) >|

Der ESF+ unterstützt unter anderem junge Menschen beim Übergang von der Schule ins Erwerbsleben.

CORONA

Von der Leyen mahnt zu Wachsamkeit vor Delta-Virusvariante

Mit Blick auf die Ausbreitung der Delta-Virusvariante des Corona-Erregers Sars-Cov-2 hat die EU-Kommission die Mitgliedstaaten zu erhöhter Vorsicht aufgerufen. „Die Delta-Variante breitet sich weiter aus. Das ist besorgniserregend“, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im Europäischen Parlament.



© European Union, 2021 – Source: EP/Alain Rolland

Seit dem 1. Juli erleichtert der digitale Impfpass für Menschen mit vollem Impfschutz das Reisen innerhalb Europas.

> Sie rief die Europäerinnen und Europäer auf, in ihren Impfbemühungen nicht nachzulassen. „Impfen heißt Schutz. Impfen heißt Freiheit. Wir müssen unsere Anstrengungen verdoppeln“, mahnte von der Leyen weitere Anstrengungen an.

In einer Anhörung im Europäischen Parlament hatte Vizepräsident Margaritis Schinas davor gewarnt, im Kampf gegen die Pandemie nachzulassen. „Wir können uns nicht auf den Lorbeeren ausruhen und wir dürfen nicht improvisieren“, mahnte der Vizepräsident. „Die Berechnungen und Daten des Europäischen Zentrums für Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) verheißen nichts Gutes. Anfang August werden 75 Prozent der Neuansteckungen auf die Delta-Variante zurückgehen, Ende August werden es 90 Prozent sein“, führte Schinas weiter aus.

Start des digitalen Impfpasses

Studien belegen, dass die in der EU zugelassenen Impfstoffe auch gegen die Delta-Virusvariante von Sars-Cov-2 wirken. Bis zum 7. Juli waren in der EU rund 451,6 Millionen Impfdosen ausgeliefert worden, rund 62,7 Prozent der über 18-Jährigen in der EU hatten bis zu diesem Zeitpunkt mindestens eine Impfung erhalten, 42,3 Prozent der Erwachsenen verfügten über den vollen Impfschutz. „Wir hel-

fen den Menschen, die von ihnen sehr geschätzte Freiheit zurückzuerlangen“, so von der Leyen. Die Präsidentin ergänzte: „Unser Impfprogramm kommt schnell voran. Die Europäische Union öffnet vorsichtig. Wir gehen vom akuten Krisenmanagement über zur langfristigen Erholung.“ Zugleich lobte von der Leyen den Start des europäischen Impfpasses zum 1. Juli. Der digitale Impfpass – ein QR-Code auf Mobiltelefonen oder in Papierform – erleichtert das europaweite Reisen für Geimpfte mit vollem Impfschutz, Getestete oder von einer Corona-Erkrankung Genesene. Neben den 27 EU-Mitgliedstaaten nehmen an dem in nur zwei Monaten aufgebauten europäischen Impfnachweis auch Länder wie Norwegen teil. Zum Start waren bereits mehr als 200 Millionen Zertifikate ausgestellt. „Das digitale COVID-Zertifikat der EU ist ein Symbol für ein offenes und sicheres Europa, in dem die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger bei der vorsichtigen Öffnung an erster Stelle steht“, erklärte von der Leyen.

Der digitale Impfpass der EU ermöglicht es, in Europa während der Pandemie sicher und frei zu reisen. Teilnehmende Länder können aber mit Blick auf Gefahren für die öffentliche Gesundheit Beschränkungen erlassen. Von der Leyen erinnerte die Mitgliedstaaten an die vereinbarten Reiseeregungen für Virus-Variantengebiete und warnte vor nationalen Alleingängen. „Die Mitgliedstaaten haben sich auf Initiative der Kommission auf gemeinsame Regeln für das Reisen verständigt, es liegt an ihnen, diese Regeln auch entsprechend umzusetzen“, sagte von der Leyen.

Erste Gelder aus Aufbaufonds überwiesen

Parallel setzte die Präsidentin ihre Reise durch die Mitgliedstaaten fort, um die Zustimmung der Kommission zu den jeweiligen nationalen Aufbauplänen im Rahmen des Aufbaufonds NextGenerationEU bekanntzugeben. Die ersten Gelder des Konjunkturprogramms über 750 Mrd. Euro wurden bereits ausgezahlt. Insgesamt wurden bislang rund 800 Mio. Euro für 41 Programme an 16 Mitgliedstaaten überwiesen, darunter auch Deutschland. „NextGenerationEU ist ein Motor des Aufschwungs“, würdigte von der Leyen die rasche Einigung auf den Aufbaufonds. (pr) >|

Digitales COVID-Zertifikat

Hohe Wirksamkeit

Die Europäische Arzneimittelbehörde (EMA) hat den in der EU zugelassenen Corona-Impfstoffen (BioNTech/Pfizer, Moderna, Johnson&Johnson und Astra-Zeneca) eine hohe Wirksamkeit gegen die Delta-Variante des Virus bestätigt. „Es gab verschiedene Virusvarianten und weitere werden folgen“, sagte EMA-Experte, Marco Cavaleri, und rief weiter zur Vorsicht auf.

KLIMAWANDEL

Europas Finanzwirtschaft wird grün

Die EU-Kommission richtet das Finanzsystem stärker an den Zielen des Europäischen Grünen Deals aus. Sie legte sechs umfassende Entwürfe vor, unter anderem zu einem europäischen Standard für grüne Anleihen. Zudem sollen Banken und Versicherungen in ihren Risikobewertungen künftig mögliche Folgen des Klimawandels stärker berücksichtigen. „Wir müssen mehr Mittel in Vorhaben und Unternehmen lenken, die uns helfen, unsere Wirtschafts- und unsere Klimaziele zu erreichen“, sagte Finanzmarktkommissarin Mairead McGuinness in Straßburg.

> Gemeinsam mit Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis stellte McGuinness eine Reihe von Initiativen vor, die das europäische Finanzsystem enger verzahnen mit dem Grünen Deal, der die EU bis 2050 klimaneutral machen soll. Die Vorschläge umfassen unter anderem:

> **Grüne EU-Taxonomie:** Die Kommission setzt auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft verstärkt auf privates Kapital. Für Anleger ist aber oft nicht ersichtlich, ob Firmen nachhaltig wirtschaften. Die EU definiert daher in einem eigenen Kriterienkatalog – Experten sprechen von Taxonomie – Standards für grüne Investments und nachhaltiges Wirtschaften. Damit ist einfacher erkennbar, ob Investitionen in klimafreundliche Vorhaben fließen. So will die EU auch die Voraussetzungen für nachhaltige Finanzprodukte wie grüne Verbraucher- und Hausbankkredite schaffen. Grüne Finanzprodukte sollen belohnt werden, etwa durch niedrigere Eigenkapitalquoten für Banken.

> **Europäischer Grüner Bond als globaler Goldstandard:** Bereits jetzt stellt die EU den größten Markt für grüne Unternehmens- und Staatsanleihen dar. „Aber wir wollen, dass uns weitere Länder folgen“, sagte McGuinness und ergänzte: „Der Markt grüner Anleihen muss wachsen.“ Die Kommission erarbeitet einen eigenen Standard für grüne Anleihen, den Europäischen Grünen Bond (EuGB). Voraussetzung für das Prädikat EuGB ist, dass die finanzierten Vorhaben sämtlich die grünen Kriterien der EU-Taxonomie erfüllen. Die klimafreundliche Verwendung der Gelder wird von externen Gutachtern überprüft, die die Europäische Wertpapier- und Aufsichtsbehörde (ESMA) zertifiziert. Ziel ist es, das europäische Regelwerk weltweit zum Goldstandard für grüne Finanzprodukte zu machen.

> **Eine neue Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen:** So soll mittelständischen Unternehmen der Zugang zu Finanzmitteln erleichtert



werden, um den Übergang in eine klimafreundliche Wirtschaft zu erleichtern. Ziel ist auch, international eindeutige Regeln für ein nachhaltiges Finanzsystem voranzutreiben.

Zugleich verpflichtet die EU Banken und Versicherungen künftig dazu, in ihren Risikobewertungen mögliche Folgen des Klimawandels stärker mit einzubeziehen, etwa beim Stresstest für Kreditinstitute durch die Europäische Bankenaufsicht (EBA). „Um es klar zu sagen: Der Klimawandel ist ein Risiko für die Finanzmarktstabilität“, erklärte McGuinness.

Exekutiv-Vizepräsident Valdis Dombrovskis und Finanzmarktkommissarin Mairead McGuinness präsentierten die Vorschläge der Kommission für eine grüne Finanzwirtschaft.

“ Wenn wir unsere Klimaziele erreichen wollen, müssen wir uns stetig bemühen, mehr Geld in die nachhaltige Wirtschaft zu lenken. ”

Die Europäische Zentralbank (EZB) und der Europäische Systemrisikofaktor (ESRB) hatten die Folgen des Klimawandels auf die Stabilität des europäischen Finanzmarkts in einer Anfang Juli vorgelegten Studie untersucht. Als Hauptrisiken gelten demnach Überschwemmungen. Banken, Versicherer und Investmentfonds drohen aber auch Kreditausfälle bei Absicherungen für Unternehmen in kohlendioxid-intensiven Branchen. Rund 70 Prozent dieser Risiken im kommenden Jahrzehnt stehen demnach in den Bilanzen von 25 europäischen Großbanken. „Sollten sich die Vorkehrungen gegen den Klimawandel als unzureichend oder ineffektiv erweisen, könnte das weltweite Bruttoinlandsprodukt bis Ende des Jahrhunderts um bis zu 20 Prozent schrumpfen“, heißt es warnend zu den langfristigen Folgen in dem EZB-Bericht. (pr) >|

Mairead McGuinness,
Finanzmarktkommissarin

LAST-MINUTE-ANGEBOTE

Noch freie Plätze für geförderte Auslandsaufenthalte

Mit Jugendlichen aus aller Welt Strände in Dänemark vom Müll befreien, ein Sommercamp für Kinder in Slowenien unterstützen, ein Straßentheater in Spanien auf die Beine stellen – für Kurzentschlossene gibt es diesen Sommer noch freie Plätze. Losgehen kann es ab sofort oder in den kommenden Wochen. Wer internationale Angebote sucht, wird im Last-Minute-Markt von Eurodesk Deutschland unter [rausvonzuhaus.de/lastminute](https://www.rausvonzuhaus.de/) fündig. Aktuell können sich junge Menschen für freie Plätze in Sommer-Workcamps und internationalen Jugendbegegnungen anmelden.



Um die internationalen Austauschprogramme und Angebote für junge Menschen zu verbessern, führt Eurodesk noch bis zum 18. Juli eine Umfrage unter Jugendlichen zwischen 15 und 30 Jahren durch.

■ [Zur Umfrage](#)

ACCESS CITY AWARD 2022

Wettbewerb für barrierefreie Städte eröffnet

Die 12. Runde des Wettbewerbs „Access City Award“ für barrierefreie Städte ist eröffnet. Europäische Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern haben bis zum 8. September Zeit, sich zu bewerben und aufzuzeigen, wie sie barrierefrei und damit Orte werden wollen, in denen es sich für alle besser leben und arbeiten lässt. Da 2021 das Europäische Jahr der Schiene ist, wird die Kommission auch Bewerberstädte auszeichnen, die sich besonders dafür eingesetzt haben, ihre Bahnhöfe allen zugänglich zu machen.



Die diesjährigen Preisträger werden auf der Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen am 3. Dezember bekannt gegeben.

■ [Access City Award](#)

DAPHNE-CARUANA-GALIZIA-PREIS FÜR JOURNALISMUS

Aufruf zur Einreichung von Beiträgen

Das Europäische Parlament hat die Bewerbung um den Daphne-Caruana-Galizia-Preis für Journalismus gestartet. Mit diesem Preis werden jährlich herausragende journalistische Leistungen ausgezeichnet, mit denen die Prinzipien und Grundwerte der Europäischen Union gefördert und verteidigt werden. Dabei geht es um Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichstellung, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

Der Preis steht allen professionellen Journalistinnen und Journalistenteams offen – die Staatsangehörigkeit spielt dabei keine Rolle. Eingereicht werden können journalistische Beiträge bis zum 1. September 2021, die von Medien in einem der 27 Mitgliedstaaten der EU veröffentlicht oder ausgestrahlt wurden. Verliehen wird der Preis in Erinnerung an die maltesische Journalistin Daphne Caruana Galizia, die am 16. Oktober 2017 ermordet wurde. Dieses Jahr findet die feierliche Preisverleihung im Europäischen Parlament am 14. Oktober statt.

■ [Daphne-Caruana-Galizia-Preis](#)



ÖFFENTLICHE KONSULTATION

Umsetzung der digitalen Ziele der EU

Wie sollen die Digitalziele der EU für 2030 konkret umgesetzt werden? Dazu hat die EU-Kommission eine öffentliche Konsultation gestartet. Mit Hilfe eines digitalen Kompasses sollen die Digitalziele bis 2030 umgesetzt werden. Hierzu wird die Kommission bis zum Ende des Sommers einen Vorschlag vorlegen. Die Ergebnisse der Konsultation und eines ebenfalls gestarteten Diskussionsforums sollen in den Vorschlag einfließen. Die Konsultation läuft bis zum 30. Juli.

Am 9. März 2021 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung zum Digitalen Kompass 2030, um eine klare Vision und einen Weg zu einer auf den Menschen ausgerichteten, nachhaltigen und florierenden digitalen Zukunft vorzustellen. Ausgerichtet ist der Kompass auf vier Kernpunkte mit jeweils spezifischen Zielen: Eine digital befähigte Bevölkerung und hoch qualifizierte digitale Fachkräfte, sichere, leistungsfähige und nachhaltige digitale Infrastrukturen, der digitale Umbau von Unternehmen und die Digitalisierung öffentlicher Dienste.

■ [Öffentliche Konsultation zu digitalen Zielen](#)